

Medienmitteilung zum Weltdrogentag am 26. Juni 2020

Eine faktenbasierte Drogenpolitik erlaubt eine bessere Versorgung von Personen mit problematischem Konsum

Zürich, 25. Juni 2020. Der Slogan des diesjährigen Weltdrogentages – «Better knowledge for better care» – lässt aufhorchen. Hiess es 2011 noch «Say No!», so ist in den letzten Jahren eine deutlich akzeptierendere Haltung festzustellen gegenüber der Tatsache, dass Drogenkonsum ein Teil der Gesellschaft ist. Doch um die Versorgungssituation von Konsumierenden effektiv zu verbessern, braucht es eine andere Drogenpolitik: weg von der Kriminalisierung hin zur Regulierung von Substanzen.

Der Internationale Tag gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr, wie der Weltdrogentag offiziell heisst, wurde 1987 von der UN Generalversammlung ausgerufen und wird seither jedes Jahr am 26. Juni von der Welt-Drogenbehörde UNODC abgehalten. Wie es der Name des Tages sagt, stand dahinter ursprünglich der Gedanke einer drogenfreien Welt – entsprechend fiel die UNODC jahrelang durch Forderungen nach einer repressionsbetonten Drogenpolitik auf.

Das Motto von 2020 hingegen ruft nach Wissen – also einer evidenzbasierten Drogenpolitik – und (medizinischer) Versorgung. Es zeichnet sich somit ein vorsichtiger Richtungswechsel ab: weg von der Moral hin zur Evidenz. Der Substanzkonsum gehört seit jeher zur Menschheit und wird immer ein Teil der Gesellschaft sein. Entsprechend wird es auch immer Menschen geben, die die Kontrolle über den Konsum verlieren und abhängig werden. Der Versuch, dies durch die Kriminalisierung des Konsums gewisser Substanzen zu unterbinden, wurde immer wieder unternommen, und ist immer gescheitert, mit gravierenden Folgen für die Betroffenen und für die Gesellschaft. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen somit schon lange den Schluss zu, dass der «Krieg gegen die Drogen» gescheitert ist, dass mit vorwiegend repressiven Massnahmen dem Konsum von psychoaktiven Substanzen nicht beizukommen ist.

Kriminalisierung des Konsums verhindert eine adäquate Versorgung

Wenn es gelingt, mit Wissen, also mit wissenschaftlicher Evidenz, die Drogenpolitik zu steuern, ist ein grosser Schritt getan zu einer pragmatischen, effizienten Regulierung des Substanzkonsums in der Bevölkerung. Die Schweiz hat es in den 1990er-Jahren mit dem Viersäulen-Modell vorgezeigt, wie erfolgreich die adäquate Versorgung von Menschen mit problematischem Konsum statt eines repressiven Vorgehens ist, und dass der Verzicht auf repressive Massnahmen gegen Konsumenten zusammen mit bedarfsgerechten Versorgungsangeboten ein wichtiger Bestandteil der Drogenpolitik sein muss. Heutzutage ist jedoch nicht mehr die Schweiz, sondern sind Länder wie Portugal wegweisend in der Drogenpolitik. Portugal hat den Konsum jeglicher Substanzen entkriminalisiert und somit gewährleistet, dass die betroffenen Personen adäquat versorgt werden können. Wie UN Generalsekretär António Guterres in seiner Botschaft zum morgigen Weltdrogentag schreibt: «Heute hat Portugal eine der niedrigsten Todesraten von Europa.» Guterres hält deshalb fest, dass diejenigen, die eine Drogenabhängigkeit entwickeln, in erster Linie Patienten und Opfer seien und mahnt dazu: «Stellen wir sicher, dass diejenigen, die eine Behandlung brauchen, diese erhalten.»

«Wir müssen akzeptieren, dass der Substanzkonsum und auch das Vorkommen von Abhängigkeiten ein Teil unserer Gesellschaft sind, und zwar egal, ob es sich dabei um legale oder um illegale Substanzen

handelt», sagt Philip Bruggmann, Chefarzt Innere Medizin bei der Arud. Erst dies wird uns erlauben, gefährdete Menschen, die durch den Konsum von Substanzen Probleme erhalten, ungehindert und vorbehaltlos zu versorgen.

Julia Kind, Leiterin Kommunikation Arud Zentrum für Suchtmedizin

E-Mail: j.kind@arud.ch, Tel: 058 360 50 02